

Anrede,

in unserer neuen Partei gibt es eine Reihe von satzungsmäßigen Veränderungen, die - wie in diesem Fall - auch unmittelbaren Einfluss auf unseren Parteitag haben. Wir sind als Landtagsfraktion verpflichtet, gegenüber dem Parteitag alle zwei Jahre Bericht über unsere Tätigkeit zu erstatten. Nun mag der eine oder andere Parteitags-Delegierte vielleicht den Eindruck haben, dass er auch in den vergangenen zwei Jahren das Eine oder Andere über unsere Arbeit gehört hat. Trotzdem freue ich mich natürlich über diese Möglichkeit, heute hier vor Euch sprechen zu können, um einige Schwerpunkte summarisch in Erinnerung zu bringen.

Die Arbeit der Fraktion gliedert sich naturgemäß in mehrere solcher Schwerpunkte. Zum einen sind wir natürlich Dienstleisterin für die Partei, die die Aufgabe hat, inhaltliche Konzepte vor allem für die Ebene zu entwickeln, in der wir politisch tätig sind, also für die Landesebene. Dies war vor allem in der letzten Phase der vorangegangenen Legislaturperiode auch quantitativ der bedeutendste Bereich unserer Tätigkeit. Dazu kommt die Aufgabe, als Oppositionsfraktion die Politik der Landesregierung dort substanziell zu kritisieren, wo sie aus unserer Perspektive den Interessen dieses Landes widerspricht. Dies gelingt natürlich nur dann, wenn wir gleichzeitig in der Lage sind, überzeugende alternative Angebote zu entwickeln und die so zu kommunizieren, dass sie einen gesellschaftlichen Druck auf die Regierungskoalition entwickeln. Eine dritte, zunehmend wichtiger werdende Aufgabe besteht in der Kontrolle der Landesregierung und der Wahrung der Rechte des Parlamentes im Interesse der Erhöhung der Transparenz von Politik und der unmittelbaren Legitimation von politischen Prozessen durch die Wählerinnen und Wähler.

Gerade die letzte Aufgabe hat ausdrücklich an Bedeutung gewonnen, weil die Parlamente in der politischen Entscheidungsfindung immer stärker in die Bedeutungslosigkeit hineinrutschen und die Exekutive politische Entscheidungen an sich zieht und teilweise sogar an scheinbar unpolitische Bereiche wie die Investitionsbank des Landes weiter delegiert.

Bei der Entwicklung von Konzeptionen für die politische Arbeit der Fraktion und der Gesamtpartei gab es in der letzten Legislaturperiode über den gesamten Zeitraum zwei Schwerpunkte. Zum einen diskutierten wir unter der Überschrift „Bildung wirkt“ unsere bildungspolitischen Konzeptionen vor dem Hintergrund, dass die Entwicklung in diesem Bereich die bedeutendste soziale Frage ist, die maßgeblich auf der Ebene des Landes entschieden wird. Zum anderen kümmerten wir uns um den gesamten Bereich der Landesentwicklungsplanung mit dem Schwerpunkt der Organisation der sozialen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und anderer neuer Herausforderungen in unserem Bundesland.

Zum Ende der Legislaturperiode entwickelten wir dann die Reihe „Sachsen-Anhalt Konzept 2011“, mit der wir unsere politischen Vorhaben für die jetzt laufende Legislaturperiode im Landtag detailliert definiert haben. In insgesamt neun Vorschlägen haben wir für die am stärksten öffentlich debattierten Probleme unseres Landes Strategien dargelegt, die auf ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt gerichtet sind.

Mit diesen Konzepten haben wir von allen politischen Konkurrenten das mit großem Abstand detaillierteste Programm für die jetzige Legislaturperiode vorgelegt. Jeder, der wollte, konnte und kann sich genauestens darüber informieren, was wir erreichen und wie wir es umsetzen wollen. Im Gegensatz zu anderen bekennen wir uns in diesen Broschüren auch zu gesellschaftlich strittigen Antworten und auch zu klaren quantitativen Festlegungen, z.B. im Bereich der Personalentwicklung. Das taten in Ausnahmefällen übrigens auch CDU und SPD. Der Unterschied besteht nur darin, dass sie diese Zahlen, so sie überhaupt welche genannt haben, nach der Wahl schlagartig vergessen haben und mit vermeintlich neuen Erkenntnissen an die Öffentlichkeiten traten.

Aber das, liebe GenossInnen, ist eine entscheidende Frage unserer Zeit. Wir werden auch in der Opposition als Fraktion die Positionen vertreten, die die Partei vorher im Wahlprogramm beschlossen hat und die wir als Fraktion mit unseren Konzepten vorgestellt haben. Das schließt nicht aus, dass wir über bestimmte Dinge neu nachdenken werden, bspw. auch bei der Frage der Kinderbetreuung, zu der es ja einen entsprechenden Antrag hier auf dem Landesparteitag gibt. Aber das, was es mit uns nicht im Parlament geben wird, ist die Rücknahme von Wahlkampfzielen, weil uns nach der Wahl auf einmal die Erkenntnis gekommen ist, dass sie sich vorher gut angehört haben, aber eigentlich doch nicht ernst gemeint waren, wie das bei der Koalition jetzt leider der Fall ist.

Anrede,

während wir auch in der neuen Fraktion einschätzen können, dass die erarbeiteten Konzepte Sachsen-Anhalt 2011 eine gute inhaltliche Grundlage für unsere Arbeit im Landtag sind, fällt die Einschätzung über deren Wirksamkeit in der Gesellschaft schon sehr viel differenzierter aus.

Es ist leider eine immer wieder auftauchende Schwäche von uns, die Vermarktung unserer eigenen konzeptionellen Leistungen und die gesellschaftliche Debatte dazu über unsere Reihen hinaus zu einem wirklichen Erfolg zu führen. Da gibt es mit Sicherheit objektive Probleme. Dazu zählt die Monopolisierung der Medienlandschaft genauso wie die politische Distanz vieler Meinungsbildungsmultiplikatoren gegenüber unserer Partei. Manchmal aber sind es auch die mangelnde Offensive und der zu gering ausgeprägte Anspruch, öffentlich wirksam zu sein, der den Erfolg ausbleiben lässt. Für uns in der Fraktion stellt sich bspw. die Herausforderung, wie wir - ähnlich wie in Thüringen - das Web 2.0 dazu nutzen, eigene Positionierungen selbst medial zu verbreiten, um auch dadurch Druck auf die etablierten Medien zu machen, was leider allzu oft notwendig ist.

Ich richte allerdings heute meinen Appell auch an uns, diese Konzepte mit in unsere kommunale Arbeit vor Ort einfließen zu lassen, um dort mit Fachleuten und Interessierten ins Gespräch zu kommen. Übrigens auch, um diese zu überzeugen, ja möglicherweise zu einer Mitarbeit in unserer Partei zu bewegen.

Und damit wir mit diesen Dingen gleich anfangen, will ich noch einmal auf diese Konzepte hinweisen:

1. Das Konzept Bildung und soziale Chancengleichheit beschäftigt sich ganz ausdrücklich mit der Frage, wie das gesamte Bildungswesen von der Kindertagesstätte bis zum Studium und zur Berufsausbildung und darüber hinaus organisiert sein muss, wenn wir dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit entsprechen wollen.

2. Das Konzept Wirtschaft und Arbeit legt umfangreich eine Analyse der wirtschaftlichen Situation unseres Landes vor und unterbreitet detaillierte Vorschläge für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik unseres Landes. Dazu gehört ausdrücklich die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Arbeitswelt für die lohnabhängigen Beschäftigten. Gerade in diesem Bereich sagt man uns ja immer mangelnde Kompetenz nach. Allerdings wird häufig Lobbypolitik mit Kompetenz verwechselt. Und zur Realität des 21. Jahrhunderts gehört eben, dass die letzten Wirtschafts- und Finanzkrisen dadurch ausgelöst wurden, dass man den Vorschlägen unternehmerverbandsnaher Institutionen, wie der Stiftung Marktwirtschaft, politisch weitestgehend gefolgt ist. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass die Partei, die ihre Politik am stringentesten an den Wünschen der Arbeitgeberverbände ausgerichtet hat, in Berlin 1,8 % bekam. Wirtschaftskompetenz der LINKEN bedeutet nicht, von Unternehmerverbänden gelobt zu werden. Wirtschaftskompetenz der LINKEN bedeutet, dass Vertreter von Unternehmerverbänden unsere Argumente gegen neoliberale Dogmen anerkennen müssen.
3. Eine Schule für alle Kinder auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule ist nicht nur für die Landesebene ein ausgesprochen wertvoller Leitfaden in der Debatte zur Schulentwicklung in den nächsten Jahren. Das ist auch für unsere Kommunalpolitiker wichtig, weil wir hier detailliert die Konsequenzen einer wirklichen Gemeinschaftsschule und die Gestaltung von Schulen unter den aktuellen Rahmenbedingungen erläutert und untersetzt haben.
4. In dem Konzept „Teilhabe statt Ausgrenzung – Ein barrierefreies Sachsen-Anhalt“ haben wir dargestellt, wie der ressortübergreifende Anspruch der Barrierefreiheit in den nächsten Jahren in Sachsen-Anhalt schrittweise, aber eben auch konsequent umgesetzt werden kann. Dieses Konzept ist in enger Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Behindertenverband Sachsen-Anhalt entstanden.
5. Einer der strittigsten Bereiche in der Landespolitik ist die Entwicklung des öffentlichen Dienstes. Unsere Position ist in einem weiteren Konzept dargelegt worden. Hier haben wir unsere politische Zielzahl von 1.000 Neueinstellungen pro Jahr im Landesdienst detailliert untersetzt und begründet und darüber hinaus die qualitativen Anforderungen an eine zukunftsorientierte Personalpolitik beschrieben. Dieses Konzept ist - ebenso wie die entsprechenden Parteitagebeschlüsse zum Wahlprogramm - deshalb besonders wichtig, weil die jetzige Landesregierung gerade in diesem Bereich in einem beispiellosen Zickzack-Kurs das Vertrauen bei den Landesbediensteten in die Landespolitik nachhaltig erschüttert.
6. In dem Konzept „Öffentliche Sicherheit bei Wahrung der Grundrechte landesweit garantieren“ haben wir uns u. a. zu unseren Zielen für eine Novelle des Polizeigesetzes geäußert. Wir sind hier ausdrücklich darauf eingegangen, wie öffentliche Sicherheit ohne Einschränkung der Grundrechte bewahrt werden kann, dass es aber auch Grenzen gibt in einer demokratischen Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, absolute Sicherheit zu garantieren, wie es manche gern versprechen. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich vor diesem Hintergrund auch kurz auf einen Vorgang eingehen, der die Emotionen in unserem Land in den letzten Wochen hoch schlagen lässt. Ich meine die aktuelle Auseinandersetzung in dem Ort Insel wegen der Anwesenheit zweier ehemaliger Sexualstraftäter, die ihre Strafe lange verbüßt haben und wegen eines europäischen Menschenrechtsurteils aus der Sicherungsverwahrung entlassen werden mussten. Die Vorgänge dort berühren tatsächlich ein Stück weit die Grundfesten unserer Gesellschaft. Natürlich kann niemand die Ängste vor Ort

ignorieren, und vorschnelle Urteile über die Betroffenheit der Bevölkerung sind sicherlich fehl am Platz. Und natürlich stimmt es, dass, wie fast überall, bei der Resozialisierung von ehemaligen Straftätern substanzielle Fehler gemacht worden sind. Aber die Frage ist doch, welche Konsequenz eine solche Forderung hat, die da lautet: „Weg mit denen, Hauptsache, die sind nicht bei uns!“, und das wirklich unabhängig davon, ob von den beiden nun eine erhöhte Gefährdung für die Umwelt ausgeht oder nicht. Besonders verwerflich finde ich es, wenn politische Verantwortungsträger bewusst Hysterie schüren und Demonstrationen vor dem Haus der Betroffenen organisieren. Vielleicht ist der Sprung etwas gewagt, aber wenn wir einmal vergleichen, wie die norwegische Gesellschaft auf den realen Massenmord eines rechtsextremen Terroristen reagiert hat, sehen wir auch, dass es Alternativen zu einer zum großen Teil sehr irrationalen Angstspirale wie im Dorf Insel gibt.

7. Bereits auf einem unserer letzten Parteitage haben wir uns mit den energiepolitischen Herausforderungen im Land Sachsen-Anhalt befasst. Nach diesem Parteitags-Beschluss entstand ein Energieplan für Sachsen-Anhalt unter der Überschrift „Vorfahrt für erneuerbare Energien.“ Dieses Konzept ist vor allem deshalb wichtig, weil es sich nicht auf solchen Fragen wie „Ja oder Nein zur Braunkohle“ oder „Ja oder Nein zu Windrädern“ beschränkt, sondern diese Diskussion in ein Gesamtkonzept einbindet, in dem konkrete Ziele enthalten sind und in dem auch beschrieben wird, wie man dort hinkommt.
8. In einem weiteren Konzept legten wir unsere Vorstellungen zur Entwicklung der Hochschulen im Land Sachsen-Anhalt dar. Dabei geht es sowohl um die quantitativen Parameter in diesem Bereich als auch um die Verbesserung der Qualität des Studiums und der demokratischen Abläufe an den Hochschulen.
9. In einem hier wirklich nur zufällig zuletzt genannten Konzept haben wir die Potenziale einer leistungsfähigen Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt erläutert. Darin werden u. a. solche Fragen behandelt, wie unsere Haltung zu industriellen Großanlagen der Tierproduktion oder den Perspektiven aber auch Grenzen der energetischen Nutzung von Biomasse ist.

All diese Konzepte sind im Zeitraum zwischen September 2010 und März 2011 fertig gestellt worden. Sie sind somit weitestgehend auf dem neuesten Stand und stellen wichtige Arbeitsgrundlagen für unser tägliches politisches Wirken dar. Meine Bitte ist noch einmal, diese Dinge wirklich in die Hand zu nehmen und mit ihnen zu arbeiten. Denn manchmal ärgert mich schon, wenn ich Äußerungen von Parteimitgliedern höre, die da sagen, wir müssten uns bspw. endlich mal mit gesetzlichem Mindestlohn oder ähnlichem beschäftigen.

Hier liegt übrigens ein weiterer Schwerpunkt der Fraktion, nämlich die Erhöhung der gesellschaftlichen Verankerung unserer Partei durch die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Institutionen zu vertiefen. Dazu zählen natürlich das Bündnis Mindestlohn in Sachsen-Anhalt oder das Bündnis Kinderfreundliches Sachsen-Anhalt, bei denen wir als Mitorganisatoren auftauchen, aber es geht um die Beziehungspflege zu Gewerkschaften, Interessenverbänden - übrigens durchaus auch Unternehmerverbänden - genauso, wie zu solchen Organisationen, wie den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Organisationen der Freiberufler.

Dass dabei die Überschneidungen zu Gewerkschaften und Sozialverbänden, hier z.B. ganz wichtig die Volkssolidarität, im Normalfall größer sind, als zu den Unternehmerverbänden, ist zweifellos richtig, aber als Oppositionsführerin brauchen wir Beziehungen, oder neudeutsch auch Nervenenden, in alle Bereiche der Gesellschaft. Ansonsten geht uns das Gefühl für gesellschaftliche Entwicklung zumindest in ihrer Gesamtheit verloren. Und das, liebe Genossinnen und Genossen, merken die Menschen sehr schnell.

Lasst mich an dieser Stelle nur auf ein Phänomen hinweisen, das in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt. Während wir uns in der Programmdebatte und in der täglichen politischen Arbeit noch um das letzte Komma bei der Zahl der öffentlich Bediensteten und um Eigentumsfragen streiten, bekommt in Berlin eine Partei 9 %, deren bisher einzige politisch erkennbare Aussage die maximale Transparenz und Nutzbarkeit von Informationen speziell im Internet ist. Nun wird es sicher auch bei uns wieder Leute geben, die sagen, das wäre alles nicht passiert, wenn wir einheitlich und geschlossen alle für 10 Euro Mindestlohn pro Stunde sofort gekämpft hätten.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, glauben wir denn wirklich, dass das die Antwort auf dieses Phänomen einer neuen Partei ist? Oder ist es nicht vielleicht doch so, dass hier gesellschaftliche Entwicklungen an uns weitestgehend vorbeigegangen sind, dass wir diese eben nicht ausreichend reflektiert haben? Zwar tröstet mich ein wenig, dass bei unserem Antrag zu den Prinzipien des Open Data beim Landeshaushalt, den Jan Wagner auf der letzten Landtagssitzung eingebracht hat, CDU und SPD eine noch viel größere Ahnungslosigkeit dokumentiert haben. Aber es tröstet mich eben nur kurzzeitig, weil letztlich unsere Zukunftsfähigkeit als Partei auch dadurch entschieden wird, wie wir solche gesellschaftlichen Entwicklungen erfassen und ob wir den Menschen signalisieren können, dass wir diese Probleme und auch ihre Sicht auf die Dinge wirklich ernst nehmen. Und zwar genauso ernst, wie die Sorgen einer allein erziehenden Mutter im Hartz IV-Bereich.

Lasst mich am Ende noch einmal zu einer anderen Kernaufgabe eines Oppositionsführers im Landtag kommen, zur Auseinandersetzung mit der Landesregierung von CDU und SPD. Die Anfangsphase dieser Regierung war dadurch gekennzeichnet, dass die Konflikte zwischen den Wahlprogrammen der beiden Parteien und innerhalb der Wahlprogramme von CDU und SPD selbst einfach beiseite geschoben wurden. Ziel war lediglich, so schnell wie möglich die Koalition von CDU und SPD unter der Führung von Ministerpräsident Haseloff zu bilden. Aus Sicht der CDU machtpolitisch verständlich, diese Partei scheint die Rolle der Opposition ohnehin zu fürchten, wie der Teufel das Weihwasser, insbesondere der Kollege Haseloff. Die Situation bei der SPD war insofern etwas differenzierter, als dass sie eine politische Alternative zur Umsetzung eines großen Teils ihres Wahlprogramms mit der LINKEN gehabt hätte, dies aber bewusst aus machtpolitischen Erwägungen ausgeschlagen wurde, sicherlich auch mit der bundespolitischen Perspektive, uns für die nächste Bundestagswahl möglichst schwach zu halten, um eine Koalition von SPD und Grünen zu ermöglichen. Diese machtpolitischen Perspektiven überlagerten von vornherein die inhaltlichen Aussagen der SPD zur Verbesserung der Bedingungen für lohnabhängige Beschäftigte, zur Umgestaltung des Bildungssystems bis hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Inzwischen ist die Lage jedoch auch hier eine andere. Nach der Wahl war es insbesondere die SPD, die eine neue Situation hervorgebracht hat,

- mit der Reduzierung des Neueinstellungskorridors für den Landesdienst im Koalitionsvertrag auf 400, inzwischen wieder auf 550 pro Jahr,

- mit einem harten Sparkurs zu Lasten der Daseinsvorsorge in den Kommunen und
- mit dem vom SPD-Spitzenkandidaten ins Spiel gebrachten Verkauf der Uniklinika (entgegen den ausdrücklichen Aussagen im SPD-Wahlprogramm).

Jetzt sind es nicht mehr nur die machtpolitischen Entscheidungen der SPD, die eine Koalition mit der LINKEN verhindert haben. Die Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt sind nach der Wahl auch inhaltlich weiter nach rechts gerückt, trotz solcher Etiketten wie Gemeinschaftsschule und Ganztagsbetreuung, zu denen eine Realisierung erst noch ansteht. Und inzwischen muss ich deutlich sagen: Ja, wer te Genossinnen und Genossen der SPD, Ihr habt Recht, dafür ist die CDU der bessere Partner. Eine solche Politik wäre mit uns nicht zu machen gewesen.

Deshalb sage ich hier ausdrücklich, ich stand auch persönlich für eine Regierungsoption in diesem Land und ich habe dafür gekämpft. Aber unter diesen Bedingungen heißt unsere Rolle Opposition. Opposition für ein sozial gerechtes Sachsen-Anhalt, Opposition für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Opposition für eine nachhaltige Entwicklung in diesem Land.

Diese Opposition ist besonders deshalb dringend notwendig, weil die Konflikte in der Landesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um den Doppelhaushalt deutlicher zu Tage treten. Dabei sind es nicht einmal unbedingt Konflikte zwischen den Koalitionspartnern, sondern die Konflikte, die die in sich widersprüchlichen Konzepte von CDU und SPD selbst mit sich bringen.

Lasst mich nur zwei Beispiele nennen: Im Wahlkampf fand eine der vielen Spitzenrunden beim „Brockenwirt“ statt, bei der es u.a. dem Oberbürgermeister von Wernigerode (SPD) darum ging, von den Kandidaten eine möglichst laute Zusage über Fördermittel zur Tourismusförderung zu erhalten. Wen wundert es, dass er sie in dieser Runde von CDU und SPD - über FDP muss man nicht mehr reden - sofort bekam. Einzig ich wies darauf hin, dass solche Zusagen vor dem Hintergrund umfangreicher Bedarfe und zurückgehender Mittel nicht seriös sind. Den Beifall bekamen die anderen. Kaum war jedoch die Wahl vorbei, kam der Bescheid von der Investitionsbank, dass für das Projekt in Schierke nicht die versprochenen 90 % vom Land kämen, sondern nur 60 %. Die verbleibenden Kofinanzierungsmittel müssten von der Kommune kommen, die die dazu nicht in der Lage ist. Und ähnlich wie bei den Bürgermeisterkonferenzen - bei der Landesregierung und der Koalition ist die Reaktion: „Was stört mich mein Geschwätz von gestern? Die Wahlen sind schließlich vorbei.“

Ähnliche Dinge erleben wir laufend in noch kürzeren Zeitabständen. Absoluter Meister ist dabei unser Ministerpräsident, dessen jeweilige Positionen hängen immer sehr stark davon ab, vor welchem Publikum er gerade spricht. Er beschließt im Kabinett den Verkauf des Landesgestüts und sagt danach vor Ort, dass dies nur die allerletzte Variante wäre. Er erzählt den Saalekanal-Gegnern, dass sein Herz nicht an diesem Projekt hängt und ist bei den Befürwortern des Saalekanals deren glühender Anhänger. Er erzählt nach dem Unwetter im Salzlandkreis und in Mansfeld Südharz etwas von Soforthilfen und Zuschüssen für Betroffene und Kommunen, und einige Tage später beschließt das Kabinett, all dies natürlich nicht zu tun. Wieder sind Hoffnungen produziert und schnell enttäuscht worden. Ich will ja gar nicht verhehlen, dass ein Oppositionsführer solche Dinge hier und da mit einem gewissen Schmunzeln registriert. Aber vor dem Hintergrund der ohnehin existierenden Vertrauenskrise in die politischen Institutionen ist das alles nicht gut für die Menschen in unserem Land. Und es ist eben auch keine Werbeveranstaltung für die Demokratie.

Anrede,

Ihr seht, Opposition ist in diesem Land und in diesem Landtag bitter nötig, beim politischen Eingreifen ins Tagesgeschäft, bei der Gestaltung des Haushaltsplanes 2012/2013, z. B. für die Sicherung der Kommunalfinzen genauso wie bei der weiteren konzeptionellen Arbeit, z. B. für den Bereich des Grundwassermanagements, für das wir 2012 etwas vorlegen wollen. Die Wirkung der Arbeit der Fraktion wird jedoch immer wieder davon abhängig sein, wie es uns gelingt, im Interesse des Landesverbandes und mit dem gesamten Landesverband politischen Druck zu entwickeln, um unsere Ziele auch aus der Rolle der Opposition umsetzen zu können. Wir sind uns unserer Rolle und unserer Verantwortung bewusst und werden versuchen, sie bestmöglich umzusetzen. Da, wo Dinge besser zu machen sind, ist Kritik wichtig, da, wo wir schon etwas zustande gebracht haben, darf es auch einmal Lob sein.

Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit.



www.dielinke-fraktion-lsa.de/publikationen/aktuelle_publicationen/